



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

20.01.2022  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Gegen Armut und für den Ausbau des sozialen Netzes**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Produktnummer lt. Leistungsplan 11

Bezeichnung lt. Leistungsplan Kommunalisierung sozialer Hilfen

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
<b>Gesamtkosten</b>	23.325,7	+12.000,0	35.325,7
<b>Produktabgeltung</b>	23.325,7	+12.000,0	35.325,7

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Landkreise und Städte sollen mit den Fördergeldern die Frühen Hilfen vor Ort flächendeckend ausbauen. Dazu soll ein Besuchsdienst für alle Familien eingerichtet werden, die entweder mit kleinen Kindern zuziehen oder in denen Kinder geboren werden. Es wird ein obligatorischer Erstbesuch – bei Einverständnis – erfolgen, bei dem das Angebot für weitere Hilfen gegeben wird (u.a. durch Familienhebammen). Mit den Mitteln können die vom Bund im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen zur Verfügung gestellten Mittel zur Erfüllung der Zwecke der Bundesstiftung aufgestockt werden.

#### Umsetzung der SGB VIII-Reform in Hessen

Mit der Verabschiedung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes kommen vielfältige neue Herausforderungen auf das Land und die Kommunen zu. Vielfältige neue Rechtsansprüche müssen zukünftig erfüllt und Beteiligungsrechte ausgebaut werden. Das Land muss die Kommunen in der Umsetzung und auch finanziell unterstützen.

#### Bekämpfung von Kinderarmut

Die Landesregierung entwickelt ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut. Es werden die Auswirkungen von Armut auf Kinder identifiziert und festgestellt, was erforderlich ist, um Kinder vor den Folgen von Armut zu schützen. Neben der erforderlichen Änderung von Bundesgesetzen sind Maßnahmepakete für Hessen mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Als Anschubfinanzierung ist für 2022 ein Betrag von 5 Millionen Euro vorgesehen.

#### Seniorenberatungsstellen

Seniorinnen und Senioren sind auf wohnortnahe und niedrigschwellige Unterstützungsangebote angewiesen, die bei vielfältigen Problemen und Lebenslagen ihnen zur Seite stehen können. Seniorenberatungsstellen sind in dieser Hinsicht zentrale Anlaufpunkte, auch für weitergehende Angebote, etwa zur Selbsthilfe und müssen durch das Land stärkere Förderung erfahren.

#### Betreuungsvereine

Die finanziellen Mittel für Betreuungsvereine müssen aufgestockt werden. Neue Betreuungsvereine müssen die Möglichkeit haben, zugelassen zu werden.

#### Beratung und Unterstützung von Prostituierten

Das Prostitutionsschutzgesetz wurde 2017 eingeführt, ohne soziale und Ausstiegshilfen für Prostituierte anzubieten oder die Kommunen für den entstehenden Mehraufwand im Rahmen der Beratungsaufgaben zu entschädigen. Es wird ein flächendeckendes Angebot für Prostituierte geschaffen, damit diese sich in sozialen Fragen beraten lassen können und Hilfen erhalten, wenn sie aus der Prostitution aussteigen wollen. Zudem werden Mittel bereitgestellt, um die bisher erhobenen Verwaltungsgebühren für pflichtige Gesundheitschecks und Anmeldungen von Prostituierten an die Kommunen zu erstatten.

#### Suchthilfeprojekte

Für die Suchthilfe werden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um Menschen mit Suchterkrankungen bei der Entwicklung einer Tagesstruktur zu unterstützen, dazu sind auch niedrigschwellige Projekte erforderlich.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion

DIE LINKE

Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**